



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 128. Ratssitzung vom 15. Januar 2025

4183. 2024/515

**Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 13.11.2024:
Interessenbindungen der Ratsmitglieder, Offenlegung der von der Stadt
geförderten Wohnformen**

Pärparim Avdili (FDP) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 3927/2024): Im Rahmen der Abstimmung über die Gegenvorschläge zur Wohnungsinitiative veröffentlichte die «NZZ am Sonntag» im November 2024 einen Artikel. Dieser legte dar, wie die Mitglieder des Gemeinderats wohnen und zeigte, dass ein grosser Teil in einer gemeinnützigen Wohnung wohnt. Im Fall der SP und der linken Parteien ist es sogar eine Mehrheit von bis zu 60 Prozent. Wir waren nicht überrascht, weil wir schon länger vermuten, dass Wohnbaupolitik für die eigene Klientel und nicht die einfache Bevölkerung gemacht wird. Es hat aber einen faden Beigeschmack, wenn Mitglieder des Gemeinderats, die in einer privilegierten Situation sind und über die Wohnbaupolitik auf Kosten der Steuerzahlenden entscheiden, in solchen Wohnungen leben. Die FDP forderte schon immer mehr Transparenz und eine gerechtere Verteilung des Wohnraums. Zuletzt sah man das Problem bei den Wohnungsvergaben auf dem Kochareal. Die FDP fordert in einem Postulat, dass sämtliche Menschen ein Recht auf eine Bewerbung haben müssen, wenn Wohnraum auf Kosten des Steuerzahlers geschaffen wird. Wir fordern aber auch, dass man transparent damit umgeht, wie die Mitglieder des Gemeinderats politisieren. Wir stimmen bald darüber ab, wie viel die Gemeinderatsmitglieder verdienen. Wenn der Lohn verdoppelt werden soll, wie es die linke Seite inklusive GLP und Die Mitte fordern, muss man erst recht transparent darlegen, wie die Mitglieder des Gemeinderats wohnen. Dazu gehört offenzulegen, ob man in einer von der Stadt Zürich finanziell geförderten Wohnform lebt. Es geht nicht darum offenzulegen, wo man wohnt. Ich habe absolutes Verständnis dafür, wenn man seine Wohnadresse nicht veröffentlichen will. Ich erlebe selber auch viele persönliche Angriffe. Meine Adresse ist offengelegt: Ich wohne in der privaten «James» Wohnüberbauung. Die FDP will, dass man als Mitglied des Gemeinderats zur Offenlegung verpflichtet ist. Dadurch regulieren wir uns selbst und können in der Stadt Zürich eine ehrliche Wohnbaupolitik machen.

Matthias Probst (Grüne) stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Mir ist nicht ganz klar, was die FDP mit diesem Beschlussantrag erreichen will. Ausserdem werden Dinge miteinander vermischt. Es gibt städtische Wohnungen und es gibt gemeinnützige Wohnungen, also Genossenschaften. Bei den Genossenschaften gibt es solche, die selbstorganisiert auf dem eigenen Land bauen und nichts mit der Stadt zu tun haben. Es



gibt andere, die auf städtischem Bauland mit vielen Auflagen bauen, damit null Franken Gewinn machen und das Gebäude am Schluss zurückgeben. Wahrscheinlich meint die FDP mit «gefördert» letztere. Aber es fliesst kein Rappen von der Stadt zu diesen Genossenschaften. Die Stadt könnte selber bauen, aber dann müsste die Verwaltung massiv aufgeblasen werden. Wir sind sehr froh, dass die Genossenschaften für die Stadt bauen. Mit dem vorliegenden Antrag will die FDP Gemeinderatsmitglieder diskreditieren, die in einer gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft wohnen. Die gemeinnützigen Wohnbauträger tragen sehr viel dazu bei, dass es in der Stadt Zürich überhaupt noch erschwinglichen Wohnraum gibt. Ich sehe sie nicht als Problem, sondern als Teil der Lösung. Ich sehe auch die Leute, die dort wohnen, nicht als Problem, sondern als Teil der Lösung. Und ja, auf der linken Seite engagieren sich mehr Leute in gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften. Vielleicht sollte Ihnen das zu denken geben. Vielleicht könnten Sie auch einmal eine Baugenossenschaft gründen und mehr günstigen Wohnraum schaffen, anstatt Mittwoch für Mittwoch zu versuchen, die Gemeinnützigen zu diskreditieren. Ich wohne auch in einer Baugenossenschaft und bin im Vorstand. Ich bin stolz darauf, weil ich Teil der Lösung und nicht Teil des Problems bin. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und mir. Es ist kein Geheimnis. Trotzdem können wir diese Offenlegung nicht vorschreiben. Das kollidiert mit Artikel 13 der Bundesverfassung. Darin heisst es, dass jede Person Anspruch auf die Achtung ihres Privat- und Familienlebens und ihrer Wohnung hat. Es geht niemanden etwas an, wo wir wohnen. Wenn es jemand kundtun will, soll er das tun. Aber es macht keinen Sinn, so etwas vorzuschreiben – und es uns noch mit einer Opt-out-Option offenzulassen, damit es datenschutzrechtlich aufgeht. Die FDP will suggerieren, dass die Leute auf der linken Seite Geld vom Staat nehmen, um zu wohnen. Das ist nicht der Fall. Die Leute, die sich in Baugenossenschaften engagieren, haben häufig geholfen, sie aufzubauen. Sie leisten einen Beitrag für mehr gemeinnützigen Wohnraum in der Stadt. Sie engagieren sich beispielsweise dafür, dass sich Genossenschaften erweitern. Heute haben wir Genossenschaften, die sich nicht nur für die eigenen Leute, sondern für die ganze Bevölkerung interessieren. Deshalb verstehe ich die Politik der FDP nicht. Es sei denn, es wäre ihr Ziel, dass es weniger gemeinnützigen Wohnraum geben soll. Falls die FDP mit ihrem Antrag die städtischen Liegenschaften meinte, liegt sie offensichtlich falsch. Nur vier Mitglieder des Gemeinderats wohnen in einer städtischen Liegenschaft. Eine Person zur Marktmiete und drei Personen zur Kostentmiete. Alle wohnten schon dort, bevor sie in den Gemeinderat gewählt wurden. Es gibt kein Problem. Sie wollen ein Problem konstruieren und uns die Legitimierung nehmen, uns für den gemeinnützigen Wohnungsbau zu engagieren. Ich wehre mich dagegen und bitte die FDP, konstruktive Beiträge für das Wohnungsproblem einzubringen.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Balsiger (SVP): Sie wollen das Bankgeheimnis abschaffen oder fordern bei der Parteienfinanzierung Transparenz. Die Grünen schreiben zum Beispiel, dass sie für klare Regeln und Transparenz seien und mit gutem Beispiel vorangehen wollen. Die SP sagt, dass mehr Transparenz die Meinungsbildung fördere und das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik und die direkte Demokratie stärke. Was ist an diesem Antrag anders? Wenn



Rot-Grün sagt, mehr Transparenz fördere die Meinungsbildung und das Vertrauen in die Politik, zählt das doch auch für den städtischen Wohnungsbau. Wir pumpen Hunderte Millionen Franken in den städtischen Wohnungsbau. Der Stadtrat hat berechnet, dass das Projekt 15 Milliarden Steuerfranken kosten wird. Da ist es nur logisch, dass man genau hinschauen will. Sie erzählen immer, dass Sie sich für die kleinen Leute einsetzen; dass jene, denen es nicht so gut gehe, zuerst von staatlichen Leistungen profitieren müssen. Da ist es komisch, dass Sie alle gut oder besser gestellt sind und trotzdem in staatlich indirekt oder direkt subventionierten Wohnungen leben. Das ist doch keine vertrauenswürdige Politik, wenn Sie zuerst für sich schauen. Wenn Sie wirklich ein soziales Herz haben, dann kündigen Sie sofort all die Wohnungen, die Sie besetzen und die der Staat direkt oder indirekt mitfinanziert. Machen Sie Platz für Leute, die weniger Geld haben als Sie. Das sind einige. Sie könnten beispielsweise für Sans-Papiers Platz machen. Es ist einfach nicht glaubwürdig, überall von Transparenz zu sprechen und nichts von Transparenz wissen zu wollen, wenn es darum geht, offenzulegen, wo Sie vom Staat profitieren. Das verursacht den Gestank in der Wohnbau- und Sozialpolitik. Man kann in allen Stiftungen und stadtnahen Vereinen nachschauen. Überall schauen Sie, dass der Staat Ihnen Geld zuschustert. Das geht in Richtung Korruption und ist nicht in Ordnung.

Karin Weyermann (Die Mitte): *Wir teilen die Auffassung der FDP, dass man die Wohnungen jenen zur Verfügung stellen soll, die darauf angewiesen sind. Deshalb haben wir damals mit der FDP und weiteren Bürgerlichen die Vermietungsrichtlinien so angepasst, dass die Finanzen und die Belegung kontrolliert werden – auch während der Dauer der Belegung. Ebenso unterstützen wir Auflagen, wenn Land im Baurecht vergeben wird. Wir sind der Meinung, dass man in Zürich das Drittelsziel erreichen muss. Im Gemeinderat können nicht nur die gut betuchten Leute mitwirken. Deshalb unterstützen wir die Entschädigungsverordnung. Es soll auch in diesem Raum Leute geben, die auf solche Wohnungen angewiesen sind und die Bedingungen, die wir aufgestellt haben, erfüllen. Das Gemeindegesetz schreibt uns vor, welche Interessenbindungen offengelegt werden müssen. Wir sehen die Wohnform generell nicht als solche. Mir macht es Spass, dass wir im Gemeinderat nicht wie im Kantonsrat oder Nationalrat über trockene Gesetze diskutieren, sondern über viele praktische Dinge, die uns im Alltag in der Stadt Zürich beschäftigen – so auch die Wohnpolitik. Ich sehe auch, dass gemäss Medienberichten mehr Linke in Genossenschaften wohnen. Matthias Probst (Grüne) hat gesagt, dass sie sich dort engagieren. Es ist eine Huhn-Ei-Frage: Werden sie links, wenn sie dort wohnen, oder sind es einfach jene, die eher dorthin ziehen? Aber das ist nicht das Thema. Es geht darum, ob es ein Mehrwert ist, wenn wir unsere Wohnform offenlegen. Wir sind der Meinung: Nein. Es soll jedem selbst überlassen sein, wo er wohnt. Sonst müssten wir anfangen, darüber zu diskutieren, ob jemand zur Miete oder im Wohneigentum wohnt. Man könnte sogar so weit gehen, dass jene, die Eigentum besitzen und dieses vermieten, von unseren Entscheiden betroffen sind. Das alles geht uns zu weit. Wenn wir den Verdacht haben, dass die Vergabep Praxis Leute bevorzugt und Linke in diesen Wohnungen wohnen, weil sie im Gemeinderat politisieren, dann haben wir ein anderes Problem. Dieses Problem müsste aufsichtsrechtlich angegangen werden, aber das unterstellen wir niemanden.*



Lisa Diggelmann (SP): Der Beschlussantrag findet seinen Ursprung in einer schlecht recherchierten Mediengeschichte, in der fehlerhafte Daten verwendet wurden. Die NZZ hat den Beitrag trotz dieses Wissens publiziert. Es ist spannend, dass die FDP fordert, alle Gemeinderatsmitglieder, die in einer von der Stadt finanziell geförderten Wohnform leben, sollen dies offenlegen müssen. Grundsätzlich werden nämlich Eigenheimbesitzer*innen steuerlich bevorteilt und erhalten so eine finanzielle Unterstützung. Ich gehe davon aus, dass die FDP nicht offenlegen will, wer alles Eigenheime besitzt. Es geht ihr darum, dass sich jene öffentlich zur Schau stellen müssen, die in einer subventionierten Wohnung leben. Unter subventionierten Wohnungen versteht man Wohnungen, die durch Investitionsbeiträge der Stadt Zürich vergünstigt werden, weil das Haushaltseinkommen der Mieterschaft unterdurchschnittlich ist. Sollen also Gemeinderät*innen, die ein unterdurchschnittliches Einkommen haben, öffentlich ausweisen müssen, dass sie über wenige Mittel verfügen? Die Antwort ist klar: auf keinen Fall. Die Aussage der FDP, dass Genossenschaften per se finanziell gefördert werden, ist falsch. Es gibt Genossenschaften, die bei Neubauten oder Sanierungen von Mitteln aus Wohnförderungsaktionen oder zukünftig dem Wohnbaufonds profitieren. Das ist aber eher die Ausnahme als die Regel. Oftmals weiss es die Mieterschaft gar nicht. Viel häufiger profitiert die Stadt Zürich durch die Abgabe von Baurecht an Genossenschaften, indem sie langfristig Einnahmen verzeichnet. Dabei handelt es sich nicht um eine finanziell geförderte Wohnform, weil die Stadt Einnahmen verzeichnet. In der Begründung wird erwähnt, die Offenlegung sei notwendig, um das Handeln der Gemeinderät*innen einordnen zu können. Wenn man dieser Logik folgt, müssten jene Mitglieder ihre Wohnform offenlegen, die nicht in einer gemeinnützigen, nach Kostenmiete berechneten Wohnung leben. Diese haben nämlich ein Interesse daran, dass genau diese Wohnform und damit die eigenen Möglichkeiten, in einer solchen Wohnform zu leben, gefördert werden. Ausserdem könnte man die Liste beliebig weiterführen: Wer verfügt über eine Karte der Blauen Zone? Wer geht ins Opernhaus oder ins Freibad? Wer ist Mitglied einer Zürcher Zunft und nimmt am Sechseläuten teil? Seit letzter Woche wissen wir, dass es sich dabei im Jahr 2024 um eine Subvention in der Höhe von 467 000 Franken vonseiten der Stadt Zürich handelte.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Für die AL hat die Herstellung von Transparenz in der Politik oberste Priorität. Politische Macht ist ein fragiles Element, das sich insbesondere in der Dunkelheit korrumpieren lässt. Für uns ist es essenziell, dass die Bevölkerung weiss, mit welchem Ziel manche Forderungen gestellt werden. Licht, Transparenz und Klarheit im politischen Alltag sind unsere politischen Grundprinzipien, die wir immer und manchmal zu einem teuren Preis verteidigen. Das gilt selbstverständlich auch für die Interessenbindungen von Gemeinderatsmitgliedern. Allerdings findet diese Grundmaxime dort ihre Grenze, wo die Transparenz private Lebensbereiche einbezieht, die für die politische Arbeit irrelevant sind. Politisch motivierte Schnüffeleien, die bürgerliche Parteien und ein bürgerlicher Staat über Jahrzehnte betrieben haben, tragen nicht zur Transparenz bei. Sie vergiften das politische Klima und generieren ein Chaos, das von wichtigen politischen Konflikten ablenkt. Die Grenze zwischen einer Transparenzaktion und einer politisch motivierten Hexenjagd ist gelegentlich dünn. Deshalb darf der staatliche Eingriff



*in die Privatsphäre einzelner nur nach einer sorgfältigen Güterabwägung und unter Berücksichtigung des erhofften Resultats erfolgen. Am Schluss soll mehr Transparenz und nicht eine grössere soziale Vergiftung als zuvor herrschen. Es stellt sich die Frage, ob die Offenlegung unserer Wohnverhältnisse in irgendeiner Art und Weise zur Klärung der Ursache beiträgt, weshalb ein linkes Parlament eine linke Wohnpolitik macht. Oder aber, ob der geforderte Eingriff in die Privatsphäre der Parlamentarier*innen nicht viel mehr eine blaue Finte darstellt, um von der liberalen Ohnmacht angesichts der sich zuspitzenden Wohnkrise abzulenken. Die Antwort dazu liefert der Beschlussantrag selbst. Die Absicht hinter dem Beschlussantrag ist derart offensichtlich, dass sich jedes weitere Argument erübrigt. Die FDP vermutet, dass sich die Ratslinke nicht nur aus ideologischen Gründen für den gemeinnützigen Wohnbau interessiere, sondern weil Parlamentarier*innen als erste davon profitierten. Die im Vorfeld von der FDP erstellte Liste über unsere Wohnverhältnisse lässt vermuten, dass die blaue Fraktion Personen, die in einer Genossenschaft, in einer städtischen Wohnung oder einfach zur Kostenmiete leben, an den Transparenzpranger stellen will. Indem die FDP auf «von der Stadt Zürich finanziell geförderte Wohnformen» zielt, verpasst sie sämtliche von ihr deklarierten Ziele. Genossenschaften erhalten keine städtischen Subventionen. Das Gegenteil zu behaupten, lässt an der Fachkompetenz des Flügels des Hauseigentümerverbands (HEV) der blauen Fraktion zweifeln. Alle Wohnungen von Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) oder privaten Anbietern, die zur Kostenmiete angepriesen werden, sind nicht städtisch subventioniert. Von der Stadt finanziell geförderte Wohnformen wären hingegen subventionierte Wohnungen oder Wohnungen, die einen städtischen Abschreibungsbeitrag der Stiftung PWG oder einer anderen städtischen Stiftung erhalten. Am Schluss könnte es also gut sein, dass kaum einer der 125 Gemeinderät*innen die Kriterien des Beschlussantrags der FDP erfüllen würde. Deshalb könnte man behaupten, der FDP-Vorstoss mache viel Lärm und bewirke nichts. Doch bei nüchterner Betrachtung bleibt die Aktion als professionell ausgeführte mediale Schlammschlacht gegen linke Parlamentarier*innen in bester Trump-Manier in Erinnerung. Die FDP lenkt damit von der Tatsache ab, dass sie bezüglich der Wohnkrise Teil des Problems und nicht Teil der Lösung ist. Auch wenn die Strategie kurzfristig zu funktionieren scheint, endet sie mittelfristig im braunen Sumpf. Wir lehnen den Beschlussantrag aus inhaltlichen und formalen Gründen ab.*

Martina Zürcher (FDP): Für all jene, die wie Matthias Probst (Grüne) den Beschlussantrag nicht gelesen haben, möchte ich präzisieren: Mitglieder des Gemeinderats sollen offenlegen, ob sie in einer Wohnung leben, die von der Stadt Zürich finanziell unterstützt wird. Das heisst zum Beispiel durch ein stark vergünstigtes Baurecht oder durch Mittel aus dem Wohnraumfonds. Die Mitglieder des Gemeinderats sollen diese Frage mit Ja oder Nein beantworten. Niemand muss offenlegen, wo er oder sie wohnt oder bei welcher Institution. Ich erinnere an die Tièchestrasse in meinem Wahlkreis, wo eine gemeinnützige und eine nicht-gemeinnützige Institution nebeneinander auf demselben Landstreifen ein Baurecht haben. Die einen bezahlen ein Mehrfaches an Baurechtszinsen als die anderen. Es gibt Bauräger, die starke Vergünstigungen haben. In solchen Fällen nimmt die Stadt Zürich weniger Mittel ein. Dabei handelt es sich indirekt auch um eine



Subvention. Selbstverständlich dürfen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte in gemeinnützigen und finanziell geförderten Wohnungen leben. Die Offenlegungsideen von Lisa Diggelmann (SP) würden wir gerne als Textänderungsantrag entgegennehmen. Die FDP hat eine Auswertung ihrer 23 Fraktionsmitglieder gemacht. Es müsste niemand Ja angeben. Drei wohnen in einer Genossenschaftswohnung, aber niemand davon in einer mit vergünstigtem Baurecht. Entgegen aller Klischees stellen bei uns nicht die Wohneigentümerinnen und -eigentümer die Mehrheit; die ganz grosse Mehrheit der Fraktion wohnt zur Miete.

Pärparim Avdili (FDP): *Die Genossenschaft ist ein sehr gutes Modell. Es handelt sich schliesslich um eine liberale Erfindung. Genossenschaften ermöglichen den Menschen Wohnraum in einer Gemeinschaft. Dagegen ist nichts einzuwenden. Es geht nur darum zu verstehen, wo Steuergelder dazu beitragen, dass die Menschen – in den meisten Fällen zurecht – davon profitieren. Matthias Probst (Grüne) sagte, dass sich viele linke Gemeinderatsmitglieder in Genossenschaften engagierten und damit zur Problemlösung beitragen würden. Ich frage mich ernsthaft, welche Problemlösung das sein soll. Seit 30 Jahren seid ihr sowohl im Parlament als auch in der Stadtregierung praktisch durchgehend an der Macht und gestaltet die Wohnpolitik der Stadt Zürich. Das Wohnproblem hat sich massiv verschlimmert. In jedem Quartier fehlt Wohnraum, weil ihr es politisch verhindert. Ihr schafft es nicht, das Drittelsziel, das ihr euch selbst gesetzt habt, zu erreichen, weil ihr feststellen musstet, dass es trotz vieler Steuergelder nicht so schnell geht, den Anteil zu verändern. Ob der Wohnraum direkt oder indirekt staatlich gefördert wird, spielt keine Rolle. Das zeigt das Kochareal, wo es darum geht, einen Einnahmenverzicht zu verbuchen. Seit 30 Jahren an der Macht – und trotzdem ist die staatliche Wohnraumverteilung heute ungerecht. Das sagt nicht die FDP. Das sagt die Stadt Zürich mit verschiedensten Statistiken; das sagen Wohnbaugenossenschaften und Medienberichte. Diese Gerechtigkeit muss man politisch schaffen. Damit wir das tun können, müssen wir verstehen, wie die Menschen politisch motiviert sind. Wenn man ein so zentrales Thema wie die Wohnbauproblematik so intensiv bewirtschaftet und Milliarden von Steuergeldern dafür ausgibt, hat die Öffentlichkeit ein Anrecht zu verstehen, wer davon profitiert. Das heisst selbstverständlich nicht, dass jemand zu Unrecht davon profitiert. Selbstverständlich müssen das Parlament und unsere Demokratie Raum für alle Menschen aus allen sozialen Schichten haben. Aber wenn ihr euch so energisch dagegen wehrt oder uns – wie der AL-Sprecher – zuerst erklärt, weshalb es Transparenz braucht, um uns danach zu sagen, weshalb sie hier nicht relevant sei und zum Schluss noch mit Vorwürfen entgleist, dann ist der Verdacht stark, dass Politik für die eigenen Interessen gemacht wird.*

Sven Sobernheim (GLP): *Ich wurde in einer Genossenschaft gross, die ohne städtisches Land funktionierte. Obwohl ich es gar nicht so genau weiss. In den 60er-Jahren, als sie das Land übernahm, gehörte es vielleicht schon einmal der Stadt. Deshalb wäre wohl auch ich auf städtischem Land gewesen. Danach wohnte ich bei Pensionskassen und jetzt wohne ich bei Casafair-Mitgliedern. Ich weiss nicht, ob sie begeistert wären, wenn ich sie als meine Vermieter outen würde. Der Auslöser des Zeitungsartikels sind ein paar Jungfreisinnige, die das Gefühl haben, sie hätten das Internet verstanden. Für*



meine Fraktion kann ich sagen: Die Zahlen sind völlig falsch und viel zu hoch gegriffen. Ausserdem ist es eine Huhn-Ei-Frage. Vielleicht sind Leute durch die Genossenschaft politisiert worden und nicht in der Genossenschaft gelandet, weil sie Politik machten. Auf einige Leute in unserer Fraktion trifft das zu. Für uns ist einzig relevant, dass jede und jeder von uns in der Stadt wohnt. Das verlangt auch der Gesetzgeber. Wenn man sagt, ein Einnahmenverzicht sei staatliche Wohnförderung und müsse ausgewiesen werden, frage ich mich, ob jede Umzonung, bei der wir nicht 100 Prozent des Mehrwerts abschöpfen, eine staatliche Förderung ist. Falls ja, wird es richtig schwierig für uns, nicht in staatlich gefördertem Wohnraum zu wohnen, weil auch die «James» Wohnungen einmal Büros waren. Der Beschlussantrag ist nicht zielführend. Gegenüber «Tele Züri» sprach der AL-Sprecher von Fichieren. Ich würde nicht so weit gehen, aber den Touch hat es.

Moritz Bögli (AL): *Ich finde es jedes Mal bereichernd, wenn uns von rechts vorgeworfen wird, dass die linke Mehrheit keine Wohnpolitik zustande bringe. Es ist allen bekannt, dass die Politik auf Kantons- und Bundesebene seit der Gründung im Jahr 1848 recht bürgerlich dominiert ist. Dort wird jene Politik gemacht, mit der wir uns hier herumschlagen müssen. Dasselbe gilt für die angebliche Transparenz. Wenn ihr eure Investitionen und Bankkonten offenlegen müsset, würdet ihr das auch nicht tun. Der NZZ-Artikel wird der Zeitung journalistisch nicht gerecht. Die Daten wurden nicht geprüft, sondern ungefiltert übernommen. Die wichtigere Frage ist, wie diese Daten zustande kamen. Sie stammen angeblich aus einer Recherche des Jungfreisinns. Die Adressen eines grossen Teils unserer Fraktion sind nicht öffentlich. Trotzdem wurden Aussagen über unsere Wohnbestände gemacht. Ich weiss nicht, ob mir abends jemand vom Jungfreisinn folgt. Aber es zeigt vielleicht eine Grundtendenz, die man in der FDP findet. Auch im letzten Jahrhundert haben FDP-Politiker*innen politisch linke Menschen fichiert, Daten über sie erhoben und diese dem Geheimdienst zugespielt. Es wirkt, als stünden wir an einem ähnlichen Punkt. Ich bitte die Parteileitung mit der Jungpartei zusammenzusitzen, ihr von Ernst Cincera zu erzählen und sie aufzuklären, weshalb der Fichenskandal ein Skandal war.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Es ist interessant, dass zu diesem Beschlussantrag eine Polemik mit Unterstellungen entstanden ist. Matthias Probst (Grüne) sagte zwischen den Zeilen, die bürgerliche Seite kümmere sich nicht um günstigen Wohnraum. Ich war lange Präsident einer Baugenossenschaft, allerdings keiner linken. Mein Grossvater war Gründungsvorstandsmitglied. Die Baugenossenschaft der Strassenbahner wollte, dass dort nur Strassenbahner mit SP-Parteibüchlein wohnen dürfen. Meinem Grossvater «lupfte es den Deckel». Er stellte gegenüber vom Depot Irchel eine Kolonie auf, in der alle wohnen konnten – mit und ohne SP-Parteibüchlein. Ich habe intern lange genug für Transparenz gesorgt, indem ich mit den Neuen ein persönliches Gespräch geführt und alle Fragen geklärt habe. Dort konnte ich herausspüren, wer diese Wohnung braucht und wer es eigentlich nicht nötig hat. Es gibt viele von der Stadt unterstützte Wohnbauträger, die schnüffeln, ob jemand ein Auto besitzt oder eines mitbenutzt. Es wird hier gegen Schnüffelei polemisiert, und man selbst lässt so etwas zu. Das ist sehr unglaubwürdig.*



8 / 8

Michael Schmid (FDP): *Ich gehe davon aus, dass der Autobesitz in städtischen Liegenschaften bei Gelegenheit genauer angeschaut wird. Diese Debatte bot interessante Einblicke ins Innenleben des rot-grünen Zürich, wobei ich die GLP heute miteinschliessen muss. Sie predigen gefühlt 364 Tage im Jahr, dass es im Politikbetrieb Transparenz brauche. Interessanterweise fingen auch heute Voten damit an, bevor verschiedene Nuancen von «aber» vorgebracht wurden. Total daneben ist die Verbindung zum Fichenskandal. Wir fordern, dass die Mitglieder des Gemeinderats etwas gegenüber der Öffentlichkeit offenlegen. Das ist das absolute Gegenteil von Fichen und Nachrichtendiensten, die im Geheimen operierten und in Kellern und Archivschränken Informationen sammelten. Sprechen Sie mit Niklaus Scherr, der wirklich etwas vom Fichenskandal versteht. Es wurde verschiedentlich gesagt, die Medienrecherche sei schlecht gewesen und stimme nicht. Genau deshalb sollten wir Klarheit schaffen. Dass Genossenschaften in einem bestimmten Mass Teil der Lösung des Wohnproblems sind, bestreiten wir nicht. Genauso wie der private Wohnungsmarkt entscheidend dafür ist, dass jedes Jahr 40 000 Personen innerhalb der Stadt umziehen, in die Stadt oder aus der Stadt ziehen können. Es gibt beim Thema Wohnungsknappheit nicht die Guten und die Bösen. Aber wenn Sie sich zu den Guten zählen, versteht man noch weniger, weshalb keine Transparenz hergestellt werden kann. Wenn die Co-Fraktionspräsidentin der SP behauptet, die Abgabe von vergünstigtem Baurecht sei keine Förderung, empfehle ich ihr einen Blick ins Geschäft GR Nr. 2011/484. Wenn der Fraktionspräsident der GLP in bester Badran-Manier sagt, eine Zonenänderung sei eine staatliche Förderung, muss ich ihm widersprechen. Am Anfang steht privates Grundeigentum und dann gibt es planungs- und zonenrechtliche Einschränkungen dieses Eigentums. Ich hoffe, dass er sich wieder einmal mit den Grundlagen des liberalen Bodenrechts und einer liberalen Staatsauffassung auseinandersetzt.*

Der Rat lehnt den Beschlussantrag mit 31 gegen 78 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat